


CDU

Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Bericht aus dem Landtag

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Niedersächsische Landtag hat an diesem Freitag seine letzte Sitzung in dieser Wahlperiode abgehalten. Wir können auf eine sehr gute Bilanz und insgesamt zehn Regierungsjahre zurückblicken, die gute Jahre für Niedersachsen waren. Auch der letzte Plenarabschnitt hat eindrucksvoll bewiesen: Wir haben nicht nur eine gute Bilanz, wir haben auch die besseren Kandidaten und das bessere Programm für die Zukunft. David McAllister ist der mit Abstand bekannteste und beliebteste Politiker in Niedersachsen. Ihm vertrauen die Menschen. Ihn wollen sie als Ministerpräsidenten behalten. Ich freue mich auf den Wahlkampf mit David McAllister. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei jenen Kollegen bedanken, die aus dem Landtag ausscheiden. Zusammenhalt und freundschaftlicher Umgang prägten das Bild dieser Fraktion. Daran wollen und werden wir im nächsten Jahr anknüpfen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine besinnliche Adventszeit, fröhliche Weihnachten und ein frohes neues Jahr.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer



Foto: picture-alliance

Niedersachsen - Aufsteigerland: „Haben die Probleme angepackt“

Wo steht Niedersachsen nach beinahe zehnjähriger Regierungsverantwortung der CDU? Um diese Frage kreiste eine aktuellen Stunde im Landtag, die von CDU-Fraktionschef Björn Thümler eindeutig beantwortet wurde.

„Die CDU hat mit dem Regierungswechsel 2003 die Probleme des Landes angepackt und Niedersachsen vom SPD-regierten Absteigerland zum Aufsteigerland gemacht.“

Während Niedersachsen unter der Ägide der Sozialdemokraten von negativem Wirtschaftswachstum, hohem Unterrichtsausfall, Rekordverschuldung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geprägt gewesen sei, hätten sich die Rahmenbedingungen unter CDU und FDP grundlegend geändert, wie Thümler erklärte. „Heute haben wir in 13 Landkreisen und kreisfreien Städten Vollbeschäftigung – täglich entstehen in Niedersachsen 300 neue Jobs. Wir haben mit 3,8 Millionen Menschen so viele Erwerbstätige wie niemals zuvor in der Landesgeschichte. An unseren Schulen haben wir eine Unterrichtsversorgung von über 100 Prozent. Wir haben die Schuldenbremse eingeführt und werden 2017 die schwarze Null im Haushalt erreichen.“

Als weiteren Beleg für das „Aufsteigerland“ Niedersachsen verwies Thümler auf das aktuelle Ranking der „Wirtschaftswoche“, bei dem die 50 größten deutschen Städte hinsichtlich Wirtschaftskraft, Jobchancen und dynamischer Entwicklung bewertet wurden. Demnach rangiert Oldenburg im Dynamik-Ranking an zweiter Stelle und belegt den Spitzenplatz beim Faktor „Wohlstand“. Osnabrück und Braunschweig erhalten Bestnoten beim Indikator Wirtschaftsfreundlichkeit.

Ganz anders sehe es im SPD-regierten Nachbarland aus, sagte Thümler. „Gäbe es eine Gesamtwertung der untersuchten Niveau- und Dynamik-Rankings, befänden sich auf den letzten zwölf Plätzen ausschließlich Städte aus Nordrhein-Westfalen“.

Der CDU-Fraktionschef erinnerte auch an das Bundesländerranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, das Niedersachsen kürzlich die höchste Entwicklungsdynamik in Westdeutschland bescheinigte. „Niedersachsen hat im Wettbewerb der Bundesländer dank CDU und FDP in allen Bereichen aufgeholt und ist dem Spitzenreiter dicht auf den Fersen.“

Fracking: Künftig strengere Kriterien

Fracking-Vorhaben in Niedersachsen sollen künftig strengeren Kriterien unterliegen. Das geht aus einem Antrag der Regierungsfractionen hervor, der im Dezember-Plenum verabschiedet worden ist.

„Fracking muss sich unter verantwortungsvollen Rahmenbedingungen abspielen: Eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung muss zukünftig für die unkonventionelle Erdgasförderung verpflichtend sein“, erklärte der Vorsitzende der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, **Björn Thümler**.

Darüber hinaus soll in Wasserschutzgebieten auf Fracking verzichtet werden und die Beweislast von eventuell auftretenden Schäden in Zusammenhang mit Fracking umgekehrt werden. „Auf diese Weise werden die

besonderen Risiken der unkonventionellen Erdgasförderung berücksichtigt“, sagte Thümler. Nur mit nachvollziehbaren und verlässlichen Regeln, wie etwa transparenten Genehmigungsverfahren, ließe sich die Akzeptanz der Bürger vor Ort für Fracking-Vorhaben erreichen.

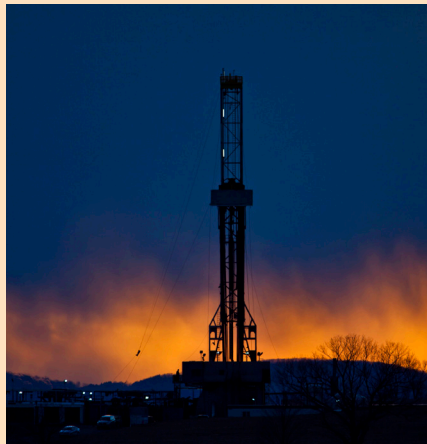


Foto: picture-alliance

NPD-Verbotsverfahren: Bundesländer wollen neuen Anlauf wagen

Rund zehn Jahre nach dem ersten gescheiterten Versuch ist ein erneutes NPD-Verbotsverfahren jetzt in greifbarer Nähe gerückt. Die Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder haben sich für einen neuen Anlauf gegen die rechtsextreme Partei ausgesprochen.



Foto: picture-alliance

Noch im Dezember soll sich der Bundesrat mit dem Thema befassen. Der Entscheidung waren langwierige Diskussionen vorausgegangen. Die Angst vor einem erneuten Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht war groß. „Der Gang nach Karlsruhe will wohlüberlegt sein“, erklärte Niedersachsens Innenminister **Uwe Schünemann**. „Die verfassungsrechtlichen Hürden eines Parteiverbots sind aus guten Gründen hoch.“ Deshalb sei man nach dem

Prinzip „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ vorgegangen und habe den Rat ausgewiesener Experten im Bereich des Parteien- und Verfassungsrechts hinzugezogen. „Für mich ist nunmehr belegt, dass ein erneuter Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD hinreichende Erfolgsaussichten hat“, sagte Schünemann.

Auch der Vorsitzende der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, **Björn Thümler**, sprach sich für einen erneuten NPD-Verbotsantrag aus: „Ich hoffe sehr, dass das von den Innenministern geprüfte Material die Verfassungswidrigkeit der NPD zweifelsfrei belegen wird. Deutschland rühmt sich zu Recht seiner wehrhaften Demokratie, da darf für staatlich finanzierten Extremismus - ganz gleich ob von rechts oder von links - niemals Platz sein. Ein Verbot der NPD hätte reinigende Wirkung für unsere Parteienlandschaft.“ Die Bundesregierung hat ihre Entscheidung zu dem Thema für das erste Quartal 2013 in Aussicht gestellt. Es gelte die rechtlichen Risiken sehr sorgfältig abzuwägen, heißt es aus Berlin.

Krebsregister: Bessere Datenlage

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des niedersächsischen Krebsregisters ist der regionale Erfassungsgrad der einzelnen Krebserkrankungen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Mit dem Gesetzesentwurf der Regierungsfractionen über ein Epidemiologisches Krebsregister Niedersachsen (GEKN) soll der bisherige Meldemodus jetzt durch eine allgemeine Meldepflicht der behandelnden Ärzte ersetzt werden.

„Mit dem GEKN soll die Anzahl der gemeldeten Krebserkrankungen gesteigert, und damit die Datenlage des Krebsregisters insgesamt verbessert werden“, kommentierte die stellvertretende Vorsitzende, **Heidmarie Mundlos**, den Gesetzesentwurf, der im Dezember-Plenum beschlossen wurde. „Krebs ist die Volkskrankheit unserer Zeit. Wenn wir den Menschen dauerhaft helfen wollen, ist eine verbesserte Datenlage des Krebsregisters erforderlich.“



Foto: picture-alliance

Bislang liege der Erfassungsgrad teilweise unter der erforderlichen Rate von 90 Prozent gemeldeter Neuerkrankungen, was eine regionale und detaillierte Auswertung erschwere. „Die allgemeine Meldepflicht soll in enger Abstimmung mit den Vertretungen der Ärzteschaft und Zahnärzteschaft Niedersachsens und den Verbänden der Kostenträger umgesetzt werden“, so Mundlos. Datenschutz- und Patientenschutzaspekte würden besonders berücksichtigt, versicherte die Fraktionsvize: Betroffenen stünde ein Widerspruchsrecht gegen die Speicherung ihrer Daten zu. Das GEKN soll zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Niedersächsisches Sportfördergesetz: Eindeutiges Bekenntnis zum Sport - Mittel werden gebündelt und erhöht

Mit einem deutschlandweit einzigartigen Gesetz hat der Niedersächsische Landtag ein deutliches Zeichen gesetzt und die gesellschaftliche Bedeutung des Sports hervorgehoben. Das Sportfördergesetz schafft für die niedersächsischen Sportverbände Rechts- und Planungssicherheit in finanziell schwierigen Zeiten. Der Gesetzentwurf enthält auch zahlreiche Anregungen des Landessportbundes.

Mit dem neuen Gesetz werden die Mittel der Sportförderung des Landes gebündelt und auf insgesamt 31,5 Millionen Euro festgeschrieben. Dabei profitieren die Verbände sogar von einer leichten Erhöhung der Unterstützung. „Zusätzlich erhält der Sport 25 Prozent der erwarteten Mehreinnahmen aus der Glücksspielabgabe, die dem Land zukünftig zufließen werden“, erklärte der innenpolitische Sprecher der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Fritz Güntzler.

„Das Land Niedersachsen steht zu seiner Verantwortung: Ohne die finanzielle Förderung durch die öffentliche Hand könnten die Sportverbände und -Vereine ihre hervorragende Arbeit nicht leis-

ten.“ Mit rund 9.600 Sportvereinen mit mehr als 2,8 Millionen Mitgliedern und 200.000 ehrenamtlich Engagierten spiele der Sport im gesellschaftlichen Leben Niedersachsens eine zentrale Rolle.

„Der Sport spielt im gesellschaftlichen Leben Niedersachsens eine zentrale Rolle.“

Fritz Güntzler

Alle bisherigen Zuweisungen aus den einzelnen Ressorthaushalten werden mit dem neuen Gesetz gebündelt: Die Mittel fließen künftig vollständig

direkt an den Landessportbund Niedersachsen, der diese im Rahmen der gesetzlichen Ziele der Sportförderung eigenverantwortlich an die Vereine in Niedersachsen verteilt. „Die Vergabe erfolgt also durch den Sport selbst - das schafft die Voraussetzung für eine unbürokratische Abwicklung der Sportförderung“, betonte Güntzler.

Durch das neue Sportfördergesetz werden im Rahmen der Änderungen des Glücksspielgesetzes auch die anderen Destinatäre besser gestellt. „Sie erhalten neben der jeweiligen zugesicherten Festförderung ebenfalls einen Anteil der Mehreinnahmen aus den Glücksspiel-einnahmen“, erklärte Güntzler.



Foto: picture-alliance

Mehrsprachigkeit: Sprachkenntnisse bewahren und nutzen



Foto: picture-alliance

Die Mehrsprachigkeit von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund soll in Niedersachsen zukünftig stärker gefördert werden. Im Dezember-Plenum wurde einem entsprechenden Antrag der Regierungsfractionen zugestimmt.

„Wir wollen die mitgebrachten Sprachkompetenzen der Schülerinnen und Schüler noch stärker würdigen“, sagte der bildungspolitische Sprecher, **Dr. Karl-Ludwig von Danwitz**. „Die Förderung der deutschen Sprache hat aber weiterhin oberste Priorität.“ In den Kindertagesstätten und im vorschulischen Bereich sei die Förderung der Herkunftssprachen bereits etabliert. Ziel des Antrags sei es nun, den herkunftssprachlichen Unterricht auf die weiterführenden Schulformen auszuweiten. Herkunftssprachlicher Unterricht wird derzeit vor allem an Grundschulen und im Sekundarbereich I im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften und Wahlpflichtkursen angeboten.

„Die Herkunftssprache in den weiteren Bildungsweg einzubeziehen, ist vielen Eltern ein Anliegen, hat aber vor allem für die Schülerinnen und Schüler zahlreiche Vorteile“, betonte **Rudolf Götz**, der den Antrag initiiert hat. „Eine hohe Sprachkompetenz und umfangreiche Fremdsprachenkenntnisse eröffnen bessere Mobilitäts-, Ausbildungs- und Berufschancen.“ Jeder fünfte Bürger in Niedersachsen habe heute einen Migrationshintergrund, in 20 Jahren werde es vermutlich jeder Dritte sein. „Menschen mit Migrationshintergrund sind keine Randgruppe mehr“, so Götz. „Die Herkunftssprachen dieser Menschen sind eine wertvolle Ressource, die wir in Niedersachsen bewahren und nutzen müssen.“



Auf dem roten Sessel: Norbert Böhle las den Schulkindern der Grundschule Am Moor in Neu Wulmstorf vor.



Jens Nacke (links) besuchte die Grundschule Westerstede-Halsbeck.

16. bundesweiter Vorlesetag: Die Lust am Lesen wecken

Bereits zum neunten Mal fand am 16. November 2012 der bundesweite Vorlesetag statt. Rund 48.000 Vorleser waren deutschlandweit im Einsatz - überall, an allen denkbaren Orten. Auch die Mitglieder der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion ließen es sich nicht nehmen, bei Deutschlands größtem Vorlesefest dabei zu sein. Initiiert wurde die Aktion von der Wochenzeitung DIE ZEIT, der Stiftung Lesen und der Deutschen Bahn.

Jeder, der Spaß am Vorlesen hat, liest an diesem Tag anderen vor, zum Beispiel in Schulen, Kindergärten, Bibliotheken oder Buchhandlungen – das ist die Idee hinter dem Vorlesetag. Ziel der Aktion ist es, bei Kindern und Jugendlichen die Freude am Lesen zu wecken und ihre Lesekompetenz zu fördern.

„Vorlesen ist auch ein Ritual, eine Vermittlung zwischen Jung und

Alt“, sagte der Landtagsabgeordnete **Norbort Böhle**.

„Die Kinder sollen merken, dass Vorlesen nicht nur ihnen, sondern auch dem vorlesenden Erwachsenen Freude bereitet. So finden sie früh einen Zugang zu Büchern. Das halte ich für sehr wichtig für die frühkindliche Bildung.“ Wer Kindern vorlese, rege ihre Phantasie an und erweitere ihren Wortschatz, findet auch die niedersächsische



Hatte sichtlich Spaß beim Vorlesen: Reinhard Hegewald im AWO-Kindergarten in Berumbur/Kleinheide (Samtgemeinde Hage/Landkreis Aurich).

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, **Aygül Özkan**. Lesen sei der Schlüssel zur Sprache. Der Emdener Landtagsabgeordnete **Reinhard Hegewald** zeigte sich erfreut, dass das Vorlesen in den Kindergärten und Schulen nach wie vor einen hohen Stellenwert genieße. „Es ist sehr wichtig, dass die Kinder einen Bezug zu Büchern bekommen“, so Hegewald. „In der Entwicklung unserer Kinder spielt das Ritual des Vorlesens eine zentrale Rolle.“



Gudrun Pieper besuchte die Sophie Dorothea Schule in Ahlden und las den Zweitklässlern aus der Buchreihe „Das magische Baumhaus“ vor.



Eine generationsübergreifende Zuhörerschaft hatte Aygül Özkan. Sie las im DRK-Pflegeheim Am Listholze vor. Gekommen waren auch rund 50 Kinder der Grundschule Brüder Grimm. Foto: Tom Figiel



Ministerpräsident David McAllister in der Grundschule Otterndorf - er las den vierten Klassen die Geschichte „Katze und Maus“ von Margaret Mahy vor.

Geschichten von Ole und Anna gab es vom Fraktionsvorsitzenden Björn Thümler in der Comenius Grundschule in Berne.



An der BBS III in Celle hat Thomas Adasch den angehenden Sozialassistenten vorgelesen.



Axel Miesner besuchte die Grundschule Oyten.

Grundschüler hören Geschichten vom Sams

Vorlesestag: Rudolf Götz liest für die vierten Klassen

CLAUSTHAL-ZELLERFELD. Schüler der Grundschule Clausthal lauschten den Geschichten des „Sams“. Im Rahmen des 9. bundesweiten Vorleseabends hielt der CDU-Landtagsabgeordnete Rudolf Götz am Freitag eine Lesung.

Im Mehrzweckraum versammelten sich die drei vierten Klassen.

schnell wachsen kann. An einem Tag schafft es so viel wie ein Kind in einem Jahr.

Die Kinder lauschten gespannt, brachten tuschelnde Kommentare zur Ruhe. Als schließlich Lehrkräfte in der letzten Stunde unterhielt.



In der Grundschule Mörsse hat Angelika Jahns allen vier Klassen vorgelesen.



Nach der Vorlesestunde in der Resser Grundschule gab es für Editha Lorberg einen schönen Blumenstrauß als Dankeschön.



Karin Bertholdes-Sandrock beim Vorlesen im evangelischen Kindergarten Lüchow.



Vor großem Publikum: Bernd Carsten Hiebing hat in der Bödiker Oberschule in Haselünne vor 70 Schülerinnen und Schüler vorgelesen.



An den Lippen von Clemens Lammerskitten hingen die Grundschüler in Ueffeln. Dort las der CDU-Landtagsabgeordnete den Kindern eine Geschichte von der Familie Quigley vor.



Kai Seefried las den Kindern der fünften Klasse der Oberschule in Freiburg aus dem Buch „Der Tag, an dem ich cool wurde“ vor.



Jörg Hillmer zu Besuch bei den Bodenteicher Erstklässlern.



Für die Kinder der Klasse der 3a hat CDU-Landesabgeordneter Klaus Krumfuß ein besonderes Buch mitgebracht, aus dem ihm selbst vor 55 Jahren vorgelesen wurde und das ihm somit besonders am Herzen liegt. ■ Foto: Fritzsche

Siemer liest in Goldenstedt



Zum bundesweiten Vorlesetag hat der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Stephan Siemer in den Klassen 5 und 6 der Marienschule in Goldenstedt in fünf Schulstunden vorgelesen und mit den Schülerinnen und Schülern diskutiert. Themen der Diskussion waren vor allem die Medien. Auf dem Foto: Siemer mit einer sechsten Klasse und der Lehrerin Christina Lücking. Foto: Esslinger



Joachim Stünkel besuchte die Förderschule Osterbergschule in Bad Gandersheim.

Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz: Großer Schritt zu mehr Integration

Ausländische Bewerber sollen auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt künftig einen besseren Zugang zu ihrem Beruf haben. Das besagt der Entwurf der Regierungsfractionen über das Gesetz zum „Niedersächsischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz“ (NBQFG), der im Dezember-Plenum beschlossen wurde.

„Eine gelungene Integration hängt wesentlich mit der Berufsausübung zusammen“, erklärte der sozialpolitische Sprecher **Norbert Böhlke**. „Daher schaffen wir mit dem NBQFG die Grundlage dafür, dass im Ausland erworbene Berufsqualifikationen stärker für den Arbeitsmarkt in Niedersachsen eingesetzt werden können. Migrantinnen und Migranten sollen ihre im Ausland erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten künftig optimal einbringen können.“ Damit werde auch dem in einigen Berufen bestehenden Fachkräftemangel entgegen gewirkt.



Das NBQFG gewährleistet, dass Migrantinnen und Migranten ihre im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen künftig auch in landesrechtlich geregelten Berufen nutzen können, die vom so genannten Anerkennungsgesetz des Bundes nicht berücksichtigt werden. Dazu zählen beispielsweise angestellte Lehrer, Erzieher sowie einzelne Gesundheitsfachberufe. Ebenfalls betroffen sind nicht reglementierte Berufe wie staatlich geprüfte Techniker, Informatiker, Hauswirtschaftler und Kosmetikerinnen. Die Behörden sollen die Gleichwertigkeitsprüfung der im Ausland erworbenen Qualifikationen grundsätzlich innerhalb von drei Monaten durchführen.

„Wer einen Berufsabschluss erworben hat, soll auch die Möglichkeit haben, in dem entsprechenden Beruf tätig zu werden“, sagte Böhlke.

Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz schadet auch Niedersachsen

Das Scheitern eines Steuerabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz hätte auch für Niedersachsen gravierende finanzielle Nachteile. „Das Steuerabkommen würde 2013 für Niedersachsen Nachzahlungen von 700 Millionen bis einer Milliarde Euro bedeuten - wir könnten 2013 einen schuldenfreien Haushalt vorlegen“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers, während der Landtagsdebatte zum Thema.

Hilbers sagte: „Die Ablehnung des Abkommens durch die Opposition ist eine unverantwortliche Bockbeinigkeit, die mit seriösem Finanzgebahren nichts zu tun hat.“ Wer wie die Opposition auf den Kauf von Steuer-Cds setze, unterstütze kriminelle Machenschaften. „Die Jagd nach Datenträgern, die von dubiosen Mittelsmännern angeboten werden,

ist unkalkulierbar und bringt bei Weitem nicht das Geld, das infolge des Steuerabkommens fällig wäre.“ Die Zahl von Selbstanzeigigen Steuerpflichtiger sei inzwischen kaum noch der Rede wert.

Vom Steuerabkommen würden Niedersachsen und seine Kommunen profitieren. „Auf in der Schweiz angelegte Vermögen würde ein jährlicher Zinssatz fällig, analog dem deutschen Quellensteuersatz. Davon würden die Kommunen 15 Prozent erhalten – es gibt keinen Grund, dieses Abkommen mit der Schweiz abzulehnen“, kritisierte Hilbers.

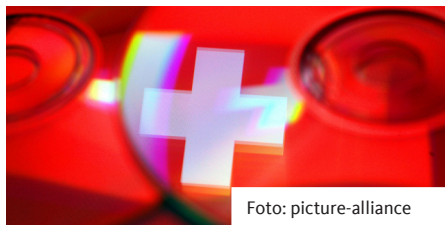
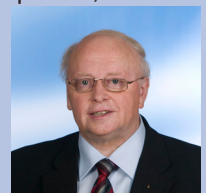


Foto: picture-alliance

KURZ NOTIERT

Beamtenversorgung: Durch die Trennung des Pensions- und Rentensystems wird der Austausch von Personal zwischen Wirtschaft und Verwaltung zukünftig leichter. Das geht aus einem Gesetzesentwurf der Regierungsfractionen zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes hervor, der im Dezember-Plenum verabschiedet wurde.

Bei einem Wechsel in die Wirtschaft mussten Beamte bislang bei der Rentenversicherung nachversichert werden und den Verlust ihrer Pensionsansprüche in Kauf nehmen. „In Zukunft bleiben die Beamten im Falle eines Wechsels im Pensionssystem und erhalten Anspruch auf ein Altersgeld, das den erworbenen Pensionsansprüchen entspricht“, erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende, **Heinz Rolfes**. „Man muss also nicht im Staatsdienst bleiben, um die Pensionsansprüche zu behalten.“ Damit stelle sich die Verwaltung dem offenen Wettbewerb um die fähigsten Köpfe.



Heinz Rolfes

Die neue Regelung entspreche laut Rolfes vollständig den Forderungen des Beamtenbundes. „Die Einführung vergleichbarer Vorgaben auf Bundesebene ist angedacht“, so der Fraktionsvize. Bislang ermöglicht lediglich Baden-Württemberg seinen Beamten den Erhalt der Pensionsansprüche nach einem Wechsel in die Wirtschaft.

Der Gesetzesentwurf umfasst darüber hinaus eine Besserstellung von Polizisten, die im Auslandseinsatz verletzt wurden. „Sie erhalten jetzt deutlich erhöhte Unfallentschädigungen“, erklärte Rolfes. „Damit wird die Gleichstellung mit den Bundesbeamten hergestellt.“

Termine 2012

**24. Dezember 2012 bis
4. Januar 2013**
Weihnachtsferien

5. Januar 2013
Wahlkampfauftakt der CDU in Nie-
dersachsen in Braunschweig

17. Januar 2013
Wahlkampfendspurt - 72-Stunden-
Kampagne in Oldenburg

20. Januar 2013
Landtagswahlen in Niedersachsen



Foto: Picture-Alliance

- Startseite
- Die Fraktion
- Unser Fraktionsvorsitzender
- Unser Parlamentarischer Geschäftsführer
- **Schuldenbremse**
 - Warum behält Bund und Länder Schulden?
 - Wie funktioniert die Schuldenbremse?
 - Faktensheet Schuldenbremse
- Studienbeiträge
- Sprecht mit uns!

Bei den Schulden auf die Bremse treten

Den Begriff Schuldenbremse habt ihr in den letzten Wochen und Monaten bestimmt schon ein paar Mal in den Nachrichten gehört oder in der Zeitung gelesen. Aber was genau ist das eigentlich?

Die Schuldenbremse ist eine Regelung im deutschen Grundgesetz, die im Prinzip genau das macht, was ihr Name besagt: Sie bremst die Aufnahme von Krediten beschränkt oder im Fall der Bundesländer sogar ganz verbietet. Genau genommen gibt es in Deutschland nämlich zwei Schuldenbremsenregelungen – eine für ganz Deutschland, also den Bund, und eine für die einzelnen Bundesländer. Der Bund darf ab 2016 nur noch Kredite in Höhe von 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands aufnehmen, die Länder müssen ab 2020 ganz ohne neue Schulden auskommen.

Um 2016 keine Vollbremsung hinlegen zu müssen, rängt der Bund schon jetzt an zu sparen – jedes Jahr ein bisschen mehr. Genauso machen wir es in Niedersachsen. Und weil jedes Jahr ohne neue Schulden ein gutes Jahr für die kommenden Generationen ist, hat die Landesregierung

Warum hat der Staat Schulden und wie funktioniert eigentlich die Schuldenbremse? Was bedeutet Nettokreditaufnahme und was hat der demografische Wandel damit zu tun?

Die Antworten auf diese und viele weitere Fragen sowie alle wichtigen Fakten gibt es auf einen Blick im neuen Themenspezial zur Schuldenbremse auf der Jugendseite der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion.

Die Jugendseite finden Sie unter:
www.jugend.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Oder einfach Code einscannen und durchklicken:



IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>



**Wir wünschen allen Lesern ein
gesegnetes Weihnachtsfest
und ein gutes Jahr 2013!**